



Kommentar des Fondsberaters Schmitz & Partner AG:

Für die **internationalen Aktienmärkte** gibt es trotz des kräftigen Kurssturzes Ende des ersten Halbjahres einen erfreulichen **Rückblick auf das Jahr 2013**. Der Weltaktienindex in Euro ausgedrückt (rote Linie in der untenstehenden Grafik) beendete das abgelaufene Jahr mit einem Plus von 18 Prozent. Der Aktienindex der Schwellenländer (blaue Linie) verlor hingegen um neun Prozent:

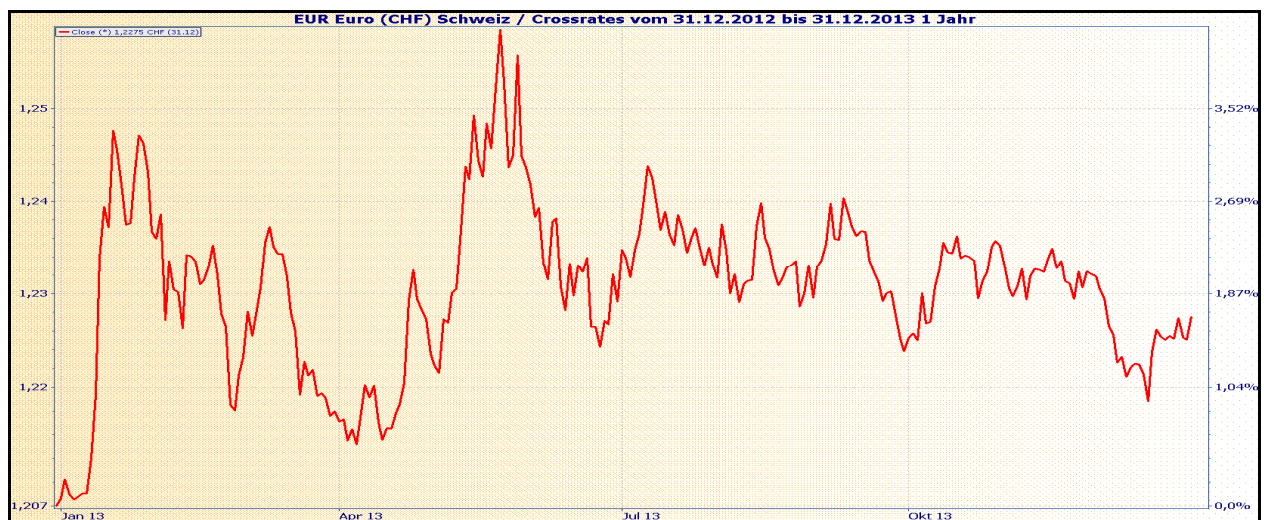


Quelle: vwd portfolio manager 4.31.4

Die einzelnen **europäischen Aktienbörsen** stiegen im letzten Jahr unterschiedlich stark. Den deutlichsten Sprung nach oben machte der deutsche Aktienmarkt (DAX) mit einem Plus von 25 Prozent. An den anderen Börsen stiegen beispielsweise die Aktienkurse in Frankreich (CAC 40) um 23 Prozent, in der Schweiz (SMI) um 20 Prozent, in den Niederlanden (AEX) um 17 Prozent, in Italien (MIB) um 17 Prozent, in Großbritannien (FTSE 100) um 14 Prozent und in Österreich (ATX) um sechs Prozent. Es gab aber auch Aktienmärkte, die das Jahr 2013 mit Verlust abgeschlossen haben, so zum Beispiel in Russland (RTS) mit einem Minus von sechs Prozent oder in der Türkei (Nat. 100) mit einem Minus von 13 Prozent. Europaweit stiegen die Aktienkurse im Durchschnitt (Euro Stoxx 50) um 13 Prozent. In **Übersee** stiegen die Aktienkurse ebenfalls an den meisten Börsen. In den USA (S & P 500) kletterte der Index um 30 Prozent, in Japan (Nikkei 225) um 57 Prozent und in Hongkong (Hang-Seng) nur um drei Prozent. Aber auch in Übersee fielen einige Aktienbörsen mit einem Minuszeichen im Jahresverlauf auf: so zum Beispiel in China (SSE 180) mit einem Verlust von neun Prozent oder in Brasilien (Bovespa) mit einem Verlust von 16 Prozent – jeweils in Landeswährung gerechnet, in Euro fielen die Verluste deutlich höher aus. Insgesamt betrachtet kletterten die Aktienkurse weltweit (gemessen am MSCI-Welt-Aktienindex in Euro) im Schnitt um 18 Prozent, in den Schwellenländern (MSCI-Emerging Markets in Euro) fielen die Kursen hingegen um neun Prozent, was deutlich macht, wie heterogen das vergangene Börsenjahr auf den zweiten Blick verlaufen ist.

An den wichtigsten **internationalen Rentenmärkten** gab es im abgelaufenen Jahr einen deutlichen Zinsanstieg. So stieg zum Beispiel die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihen in *Deutschland* von 1,5 Prozent auf 1,7 Prozent (nachdem sie Mitte September sogar schon bei 2,0 Prozent angekommen war), die Rendite der zehnjährigen Regierungsanleihen in den *USA* kletterte von 1,75 Prozent auf 3,0 Prozent und die Rendite der zehnjährigen Staatsanleihen in der *Schweiz* sprang von knapp 0,80 Prozent zu Jahresbeginn auf 1,25 Prozent.

Am **Devisenmarkt** verzeichnete der Wechselkurs des **Schweizer Franken** gegenüber dem Euro nur minimale Veränderungen. Der Kurs bewegte sich das ganze Jahr über in einer engen Spannbreite zwischen 1,21 und 1,26 Franken pro Euro:



Quelle: vwd portfolio manager 4.31.4

Die von der Schweizer Nationalbank seit dem 6. September 2011 aufgebaute Verteidigungsmauer gegen einen zu schwachen Euro (bzw. einen zu starken Schweizer Franken) von 1,20 Franken für einen Euro hat also bis jetzt immer noch gehalten. „Langfristig gesehen dürfte die langsame und kontinuierliche Erstarbung des Frankens aber ohnehin kaum aufzuhalten sein, da die Kapitalflüsse und eine gewisse Inflationsdifferenz für eine weitere Stärkung der Schweizer Währung sprechen.“¹

Sehr unterschiedlich haben sich die beiden **Schmitz & Partner Fonds** im Jahr 2013 entwickelt:

Der *Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds* ist ein gemischtes Sondervermögen, das sein Vermögen weltweit investieren kann. Anlageschwerpunkt sind Aktienfonds und Einzelaktien mit einer maximalen Investitionsquote von 100 Prozent. Dabei wird auf eine gesunde Mischung aus Zielfonds von etablierten Gesellschaften und von feinen Fondsboutiquen geachtet sowie bei den Einzelwerten auf eine breite Streuung des Risikos. Das Ziel der Anlagepolitik ist ein mittel- bis langfristig hoher, risikoadjustierter Wertzuwachs. Der Fonds wurde am 1. November 2007 aufgelegt und wird von der SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement beraten.

Der Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds verbuchte im Börsenjahr 2013 einen erfreulichen Zuwachs: Bei einer Volatilität (Schwankungsrisiko) im Jahresdurchschnitt von

¹ *Michael Rasch / Michael Ferber: Die heimliche Enteignung. So schützen Sie Ihr Geld vor Politikern und Bankern, Finanzbuch Verlag, München 2012, Seite 87.*

lediglich 6,9 Prozent erzielte er eine Jahresrendite von 7,5 Prozent. Von einem leichten Minus von rund einem halben Prozent im Monat April abgesehen, fiel der Fondspreis lediglich im Monat Juni – alle anderen zehn Monate wiesen ein Plus im Anteilspreis aus.

Im Laufe der letzten zwölf Monate stieg die Investitionsquote des Fonds kontinuierlich von 74 Prozent zu Jahresbeginn auf über 88 Prozent zum Ende des Jahres. Der in Aktienfonds investierte Teil stieg von knapp 47 Prozent zu Jahresbeginn auf 53 Prozent am Ende des Jahres, der Anteil der Einzelaktien wuchs von knapp 28 Prozent auf gut 36 Prozent. Weiterhin hoch ist nach wie vor der direkt oder indirekt in den sogenannten Emerging Markets (Schwellenländern) investierte Teil des Fondsvermögens, der zum Jahresende mehr als ein Drittel des Fondsvermögens ausmachte.

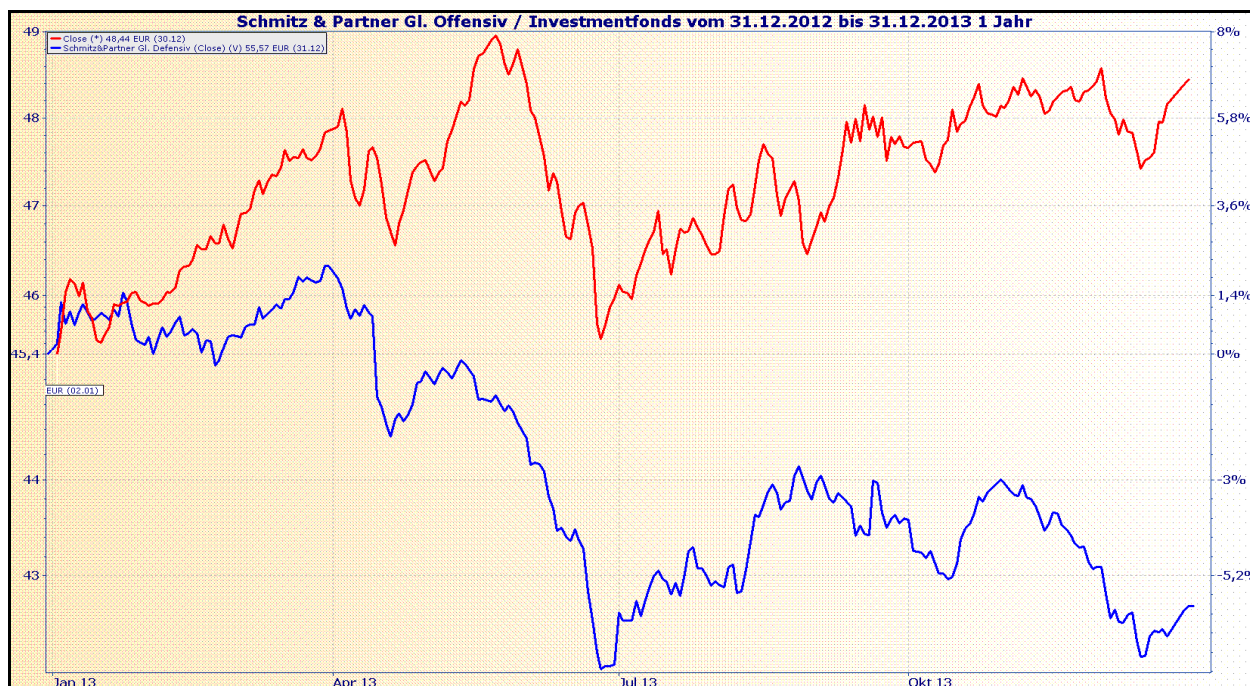
Anlageschwerpunkte des Fonds waren im vergangenen Jahr nach wie vor unterbewertete Einzelaktien sowie Aktienfonds mit der Ausrichtung „Emerging Markets“ und Rohstoffe.

Der *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* ist ein gemischtes Sondervermögen, das sein Vermögen weltweit investieren kann. Anlageschwerpunkte sind zum einen Aktienfonds und Einzelaktien, zum anderen Rentenfonds und einzelne verzinsliche Wertpapiere, wobei in der Regel Aktienfonds und Einzelaktien nicht mehr als 50 Prozent des Fondsvolumens ausmachen sollen. Hierbei wird auf eine gesunde Mischung aus Zielfonds von etablierten Gesellschaften und von feinen Fondsboutiquen geachtet sowie bei den Einzelwerten auf eine breite Streuung des Risikos. Das Ziel der Anlagepolitik ist ein mittel- bis langfristig hoher, risikoadjustierter Wertzuwachs. Der Fonds wurde am 7. Mai 2008 aufgelegt und wird von der SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement beraten.

Der Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds musste im Börsenjahr 2013 zum ersten Mal seit seinem Bestehen einen deutlichen Rückgang des Anteilspreises verzeichnen. Mit einem Jahresminus von 5,8 Prozent und einer Volatilität (Schwankungsrisiko) von 5,4 Prozent im Jahresdurchschnitt hat der Fonds einen Teil seines bisherigen Wertzuwachses eingebüßt und weist nun ein Plus von knapp zwölf Prozent seit Auflegung auf. Die Hauptgründe für die enttäuschende Performance im abgelaufenen Börsenjahr liegen in der wieder aufkommenden Risikofreude der Anleger und der damit einhergehenden Abkehr von Themen wie dem Schutz vor der Euro- und Staatsschuldenkrise (Krisenpause). In diesem Zusammenhang sind zum einen der stärkste Kursverlust von Gold und Silber seit über 30 Jahren (die beiden größten Fondspositionen sind Gold und Silber) und zum anderen die Währungsverluste wie zum Beispiel in der norwegischen Krone oder im Schweizer Franken zu sehen.

Im Laufe der letzten zwölf Monate kletterte die Investitionsquote des Fonds kontinuierlich von 64 Prozent zu Jahresbeginn auf 77 Prozent zum Ende des Jahres. Der Anteil der Einzelaktien stieg leicht auf 35 Prozent, einzelne kurzlaufende festverzinsliche Wertpapiere (ausschließlich in der höchsten Bonitätsstufe AAA) machen vier Prozent aus. Der Euroanteil ist weiter gesunken und liegt nun bei knapp 44 Prozent. Der größere Teil des Fondsvermögens ist in den Währungen Schweizer Franken (39 Prozent), norwegische Kronen (elf Prozent), kanadische Dollar (vier Prozent) und englische Pfund (zwei Prozent) angelegt.

Neben der Aktienquote von rund 35 Prozent waren weitere Investitionsschwerpunkte zum einen die bereits seit April 2009 im Fondsvermögen vorhandenen physischen und in der Schweiz gelagerten Gold- und Silberbestände mit knapp 14 Prozent Anteil am Fondsvermögen und zum anderen Festverzinsliche in Gestalt von einzelnen kurzlaufenden festverzinslichen Wertpapieren und Renten- bzw. Indexfonds (insbesondere Unternehmensanleihen) mit gut 28 Prozent.



Quelle: vwd portfolio manager 4.31.4

Eine der wichtigsten Aufgaben für Sparer und Vermögensbesitzer in den nächsten Jahren – und vielleicht sogar schon im Jahr 2014 – wird es sein, bei dem geplanten Frontalangriff auf sein Geld in Form einer **einmaligen Vermögensabgabe** durch die Politik bestmöglich auszuweichen. Viele Bürger wollen nicht an eine massive Enteignung durch die von ihnen gewählten Politiker glauben, doch dieser Glaube wird trügen! „Denn Sparer werden die Zeche zahlen müssen für eine exzessive Schuldenpolitik. Je aberwitziger die Verpflichtungen werden, die Staaten bedienen müssen, desto dreister werden die Ideen, mit denen die Politik Zugriff auf unser Geld bekommen will.“²

Der Grund für diese **Lösung mit der Brechstange**, von Sparern eine einmalige Abgabe zu erheben und damit Staatsschulden zu tilgen, ist der dramatisch gestiegene Schuldenstand in den letzten sechs Jahren seit dem Beginn der akuten Euro- und Staatsschuldenkrise. Haben uns die Politiker und die meisten unkritischen Medien in den vergangenen zwölf Monaten den Eindruck vermitteln wollen, die Krise sei mehr oder weniger bewältigt und das Schlimmste sei überstanden, so sprechen die Fakten eine ganz andere Sprache: Waren die USA, Europa und Japan im Schnitt im Jahr 2007 noch mit 73 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) verschuldet, so sind es aktuell schon 110 Prozent. Und **der Schuldenberg wächst immer weiter, allein in Europa um 100 Millionen Euro – pro Stunde!**³

² *WirtschaftsWoche* vom 9. Dezember 2013, Seite 32. In dem augenöffnenden Aufsatz „Frontalangriff auf Ihr Geld“ wird auf den Seite 32 - 41 plausibel dargestellt, welche immer neuen Enteignungsinstrumente von der Politik geprüft und sicherlich auch irgendwann umgesetzt werden, um an das Ersparnis der Bürger zu gelangen.

³ Vgl. zu den Zahlenangaben *WirtschaftsWoche* vom 9. Dezember 2013, Seite 34.

Solange unverantwortliche Politiker nach wie vor über ihre (auch geistigen!) Verhältnisse leben und ständig mehr Geld ausgeben als einnehmen, werden auch die Staatsschulden immer weiter wachsen. *Hans-Werner Sinn* bringt das Problem auf den Punkt, wenn er „die Ignoranz vieler Politiker gegenüber rational fundierten ökonomischen Argumenten“ beklagt und feststellt: „In der Politik sind Interessen und Kräfte im Spiel, die den besten Argumenten oft nicht zugänglich sind.“⁴

Noch sorgen die von Politik und Notenbanken nach unten manipulierten niedrigen Zinsen dafür, dass der Schuldendienst für die überschuldeten Staaten bezahlbar ist. Aber was passiert, wenn die Kapitalmarktzinsen steigen und auch nur annähernd wieder ihr Normalniveau erreichen?⁵ Noch sorgt die **finanzielle Unterdrückung der Sparer** mit negativen Realzinsen für Kontogelder und spürbaren Kaufkraftverlusten bei den überschuldeten Staaten im Gegenzug für eine kurzzeitige Entlastung bei der realen Schuldenlast (die nominale Schuldenlast bleibt natürlich gleich hoch). Aber diese von der Politik gewollte **schleichende Enteignung der Sparer** wird nicht ausreichen, nachhaltig von den zu hohen Staatsschulden herunter zu kommen. Der Griff des Staates in die Taschen der Anleger muss drastischer ausfallen.

Und so mehren sich immer mehr die Stimmen derer, die statt einer schleichenden Enteignung eine **schnelle und direkte Enteignung der Sparer** mittels einer Vermögensabgabe beschließen wollen. Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* (DIW) hat bereits im Sommer 2012 eine 10-Prozent-Abgabe auf Vermögen im Euroraum angeregt. Allein in Deutschland würde eine einmalige Besteuerung aller privaten Vermögen oberhalb von 250.000 Euro etwa 230 Milliarden Euro in die Staatskasse bringen. Und auch im Wahlprogramm der *Grünen* zur deutschen Bundestagswahl am 22. September 2013 stand eine über zehn Jahre verteilte, insgesamt 15 prozentige Vermögensabgabe als Gesetzesentwurf.⁶

Jetzt hat der *Internationale Währungsfonds* (IWF) in seinem Fiskalbericht von Oktober 2013 nachgelegt: Angesichts der historisch hohen Staatsverschuldung schlägt der IWF auf Seite 49 des knapp 100 Seiten starken Berichtes eine Vermögensabgabe in Höhe von zehn Prozent in allen Euro-Ländern vor. Der Report ist mit „Taxing Times“ überschrieben, was doppeldeutig sowohl für „schwierige Zeiten“ als auch für „Zeit für neue Steuern“ stehen kann. Die wichtigste Begründung für diese Sondersteuer liegt für den IWF darin, mit der Sonderabgabe die Schuldenstände wieder auf den Stand des Jahres 2007 zu drücken.⁷ Die Stoßrichtung wird damit klar: **„Die Sparer sollen ihren Beitrag**

⁴ *Hans-Werner Sinn*: Verspielt nicht eure Zukunft!, Redline Verlag, München 2013, Seite 14. Die Gründe für die „Beratungsresistenz der Politik“ stellt der Autor auf den Seiten 15 - 17 ausführlich und gut nachvollziehbar dar. Hans-Werner Sinn ist seit 1984 Ordinarius in der volkswirtschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München. Im Jahr 1999 wurde er zudem Präsident des *ifo Instituts für Wirtschaftsforschung* in München.

⁵ Der Schweizer Investmentstratege *Marc Faber* kommt in einem Interview mit der *Finanz und Wirtschaft* vom 26. Oktober 2013 auf Seite 23 zu dem Ergebnis, dass die USA wohl Pleite machen würden, wenn die Renditen für zehnjährige Staatsanleihen auf 3,75 Prozent stiegen, weil der Zinsdienst dann 600 Milliarden US-Dollar pro Jahr ausmachen würde, was fast dem gesamten für das Fiskaljahr 2014 prognostizierten Budgetdefizit von 744 Milliarden US-Dollar entspräche.

⁶ Weitere Befürworter einer einmaligen Vermögensabgabe, deren verfassungsrechtliche Ordnungsmäßigkeit und historische Beispiele für staatliche Abschöpfungs- und Enteignungsmaßnahmen findet der interessierte Leser ausführlich in dem vom Verfasser dieser Zeilen geschriebenen *Investmentfonds-Bericht Januar 2013* in dem Kapitel „Enteignung durch einmalige Vermögensabgaben“ auf den Seiten 29 - 32. Der Bericht ist nachzulesen unter www.schmitzundcie.de unter der Rubrik „Publikationen“.

⁷ Siehe *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. November 2013, Seite 9.

dazu leisten, die überbordenden Staatsschulden abzutragen.⁸ Und was wir in diesem Zusammenhang niemals vergessen dürfen: „Ein Staat, der vor dem Bankrott steht, wird alles tun, um an das Privatvermögen seiner Bürger zu kommen und die Staatsschulden zu verringern.“⁹

Insbesondere Bankeinlagen sind in diesem Zusammenhang gefährdet. „Das Geld auf den Bankkonten ist nur Scheinvermögen, da es durch Schulden gedeckt ist, die nie zurückgezahlt werden können.“¹⁰ Denn während der Sparer seine Ersparnisse bei seinem Kreditinstitut sicher glaubt, sind diese längst in spanische Immobilien geflossen, die heute als wertlose Bauruinen vor sich hingammeln, oder sie sind als griechische Beamtenpensionen ausgezahlt worden.¹¹

Als im Frühjahr 2013 im EU-Mitgliedstaat Zypern für Kontoguthaben über 100.000 Euro Teileentignungen für alle Sparer (vom Baby bis zum Greis) von der Politik festgesetzt wurden, die dann auch noch euphemistisch „Stabilitätsabgabe“ und „einmalige Sondersteuer auf Bankeinlagen“ genannt wurden, vergriffen sich die Euro-Retter zum ersten Mal an den Ersparnissen der Bürger. Spätestens seit diesem Zeitpunkt gilt: „Die Sparer in Europa befürchten die Enteignung. Der Fall Zyperns ... könnte Schule machen.“¹² Denn allen entgegengesetzten Beteuerungen von beschwichtigenden Politikern zum Trotz, ist dies eine „Blaupause“ für weitere, ähnlich gelagerte Vorgehensweisen in anderen EU-Ländern.¹³ Und wer glaubt, diese Teileentignungen können zwar auf Zypern, aber nicht in anderen EU-Ländern, und schon gar nicht in Deutschland, von den Politikern beschlossen werden, der irrt gewaltig: „Die Deutschen sind besonders gefährdet, Opfer einer Abgabe zu werden. Sie horten mehr Geld auf Bankkonten als andere Europäer.“¹⁴ Und wie der Fall Zypern zeigt, lassen sich solche Kontoeinlagen rasch einfrieren und konfiszieren.

Der amerikanische Ökonom *Barry Eichengreen* hat bereits im Jahr 1989 in einer Studie mit dem Namen „Vermögensabgabe in Theorie und Praxis“ anhand historischer Beispiele von der Tschechoslowakei 1920 bis Japan 1946 herausgearbeitet, wie eine erfolgreiche Zwangsmaßnahme ablaufen müsse: überraschend, schnell, ohne politische

⁸ *Welt am Sonntag* vom 3. November 2013, Seite 37. In dem Artikel mit dem aufschlußreichen Titel „Und sie wollen alle an unser Geld“ wird neben der Darstellung der geplanten Vermögensabgabe des IWFs auch auf die seit Jahrhunderten immer wieder nach ähnlichem Muster ablaufende „Reduktion“ oder „Rückführung“ von Privatvermögen an den Staat hingewiesen: Erst übernimmt der Staat in großem Stil Verbindlichkeiten und beruhigt damit eine akute Finanzkrise, dann holt sich die hoch verschuldete Regierung das Geld von den privaten Sparern wieder zurück.

⁹ *Michael Grandt*: Der Euro-Crash kommt – Wie Sie als Anleger sicher durch die Krise kommen, Kopp Verlag, Rottenburg 2012, Seite 41. Der Autor stellt auf den Seiten 41 - 46 zahlreiche, auch auf den ersten Blick „denk-unmögliche“ Varianten der staatlichen Enteignung dar, auf die der vorausschauende Anleger vorbereitet sein sollte, um entsprechende Vorkehrungen für sein Vermögen treffen zu können.

¹⁰ *Philipp Bagus* in der *Welt am Sonntag* vom 3. November 2013, Seite 37. Bagus ist Professor für Volkswirtschaft an der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid.

¹¹ Vgl. vorherige Fußnote.

¹² *David Marsh*: Beim Geld hört der Spaß auf. Warum die Eurokrise nicht mehr lösbar ist, Europa Verlag, Wien 2013, Seite 45. Marsh schreibt im Zusammenhang mit der Zypernlösung: „Ein Wendepunkt epochaler Reichweite.“ (Seite 47) und an anderer Stelle von einem „Generalangriff auf die Spareinlagen“ der Deutschen (Seite 147).

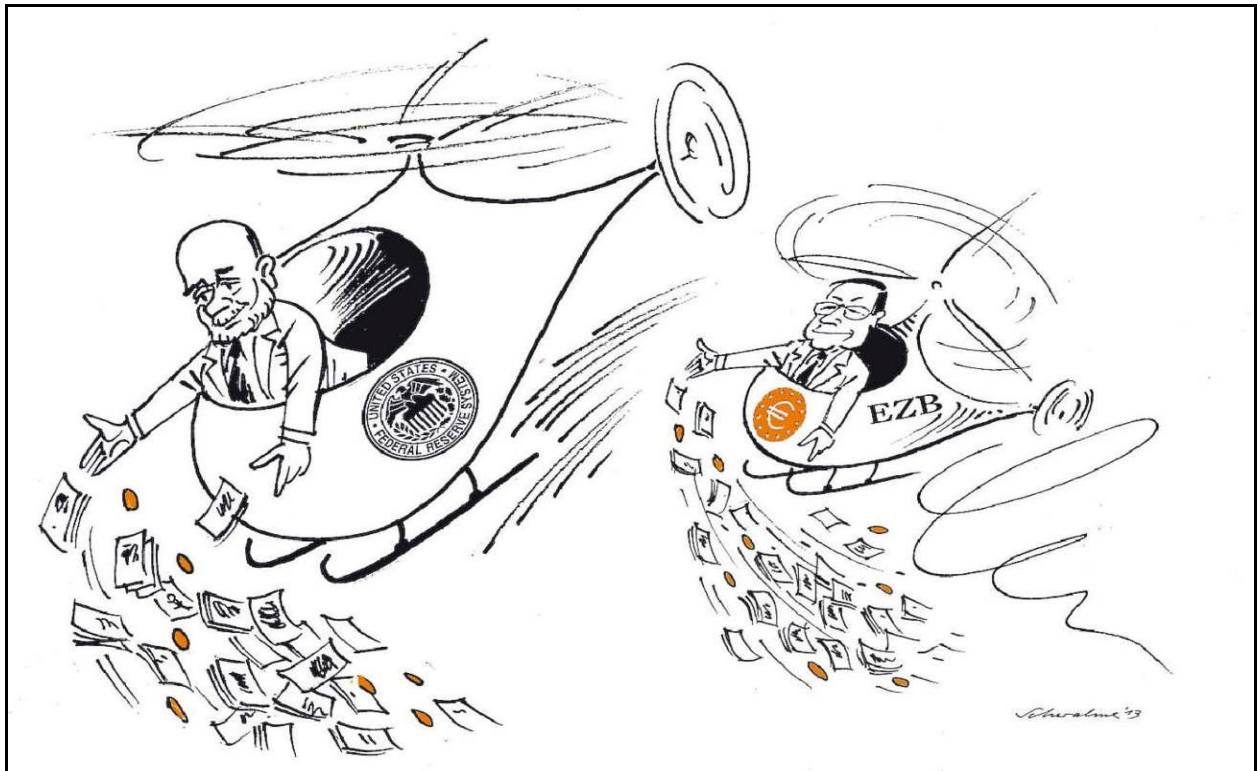
¹³ Den Begriff „Blaupause“ hat der niederländische Finanzminister und Chef der Euro-Gruppe *Jeroen Dijsselblom* unmittelbar nach der gefundenen Lösung für die Zypernkrise als Erster verwendet. Unabhängig von den erbosten Reaktionen vieler Politiker quer durch den Euroraum zeigt der Fall Zypern modellhaft, wie Politiker agieren: vortreten, austreten, den verbalen Rückzug antreten, als Einzelfall darstellen; vgl. hierzu auch *WirtschaftsWoche* vom 9. Dezember 2013, Seite 35.

¹⁴ *Welt am Sonntag* vom 3. November 2013, Seite 37.

Debatten und lange Gesetzesinitiativen – denn sonst flieht das Kapital ins Ausland oder in andere Anlageformen.¹⁵

Und genau damit ist auch eine mögliche Lösung angedeutet, einer drohenden Vermögensabgabe im Euroraum zu entkommen: **Bevorzugen Sie Anlagen außerhalb des Euroraumes** (zum Beispiel in der Schweiz und in Schweizer Franken) und **meiden Sie Kontogelder. Investieren Sie statt dessen in Aktien**, denn eine Besitzsteuer oder Abgabe eigens für Aktien gab es noch nie!¹⁶

Und solange die internationalen Notenbanken weiterhin massiv „Geld drucken“, und wie in der folgenden Zeichnung aufs Volk und auf die Wirtschaft nieder regnen lassen, solange werden auch die Aktienbörsen ihren generellen Aufwärtstrend nicht verlassen:



Quelle: *Handelsblatt* vom 11. November 2013, Seite 25

Zum Abschluss verweisen wir noch auf den beigefügten **Artikel** aus der Dezember Ausgabe des Anlagemagazins *Smart Investor*, Seite 74 - 76. Wir wünschen eine erkenntnisreiche Lektüre!

¹⁵ Vgl. *WirtschaftsWoche* vom 9. Dezember 2013, Seite 35.

¹⁶ Vgl. *WirtschaftsWoche* vom 9. Dezember 2013, Seite 41.